

**Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 14.08.2008**

Tagungsort: Nowgorod Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus  
Beginn: 17:00 Uhr  
Sitzungspause: 20:10 - 20:40 Uhr  
Ende: 21:45 Uhr

**Anwesend:**

Herr Hans-Jürgen Franz	Bezirksvorsteher
Herr Jan-Helge Henningsen	stellv. Bezirksvorsteher
Herr Gerald Gutwald	stellv. Bezirksvorsteher

**CDU-Fraktion**

Frau Alexandra Heckeroth	
Herr André Langeworth	
Herr Hartmut Meichsner	Fraktionsvorsitzender
Herr Rolf Vogler	

**SPD-Fraktion**

Herr Johannes Emmerich	
Herr Lothar Klemme	
Frau Heike Mertelsmann	Fraktionsvorsitzende
Herr Dr. Michael Neu	
Herr Frederik Suchla	(ab 18.00 Uhr, TOP 7)

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Dorothea Bauer	
Herr Dieter Gutknecht	Fraktionsvorsitzender
Herr Kai-Henrik Hahn	

**BfB**

Herr Hans Micketeit

**FDP**

Frau Gisela George

**Die Linke**

Herr Peter Ridder-Wilkens

**Bürgernähe**

Herr Dr. Dirk Fischer

Verwaltung

Frau Wißmann  
Herr Blankemeyer  
Herr von Neumann-Cosel  
Herr Glasl  
Frau Dietz  
Herr Beigeordneter Kähler  
Frau Schulz  
Herr Kricke

Umweltbetrieb  
Bauamt  
Bauamt  
Amt für Verkehr  
Amt für Verkehr  
Dezernat 5  
Sozialamt  
Büro des Rates, Schriftführer

TOP

7  
9, 10, 11, 12, 27, 28  
9, 10, 11, 12, 27, 28  
13, 14  
13, 14  
15, 16  
15, 16

Gäste

Herr Meier  
Bürgerinnen und Bürger  
Pressevertreter

moBiel GmbH

13, 14

## Öffentliche Sitzung:

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Franz stellt die Beschlussfähigkeit der Bezirksvertretung Mitte sowie die ordnungsgemäße Einladung, die mit Schreiben vom 05.08.2008 fristgerecht zugegangen sei, fest.

Nachfolgend verweist er auf einen schriftlich vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion, die Tagesordnungspunkte 13 und 14 ausschließlich in erster Lesung zu behandeln und zu TOP 14 vor der nächsten Sitzung einen Ortstermin durchzuführen.

Der Antrag von Herrn Ridder-Wilkens, das Thema „Volksbänke“ auf die Tagesordnung zu setzen, wird von Herrn Franz mit dem Hinweis abgelehnt, dass Herr Ridder-Wilkens eine Anfrage zu dieser Sitzung gestellt habe und darüber hinaus aus seiner Sicht keine Dringlichkeit vorliege, die eine weitere Beratung der Angelegenheit in der heutigen Sitzung zwingend erfordere. Es sei Herrn Ridder-Wilkens aber unbenommen, zur nächsten Sitzung einen entsprechenden Antrag zu stellen.

**Des Weiteren wird der Antrag von Herrn Ridder-Wilkens, den TOP 23 „Empfehlungen der AG Grabeland des ISB zu den Grabelandflächen im Stadtbezirk Mitte“ öffentlich zu behandeln, mit großer Mehrheit abgelehnt.**

Zur Tagesordnung fasst die Bezirksvertretung folgenden

### B e s c h l u s s:

1. Unter TOP 4 „Anfragen“ wird folgender Punkt zusätzlich behandelt:  
TOP 4.3: **Sitzbänke im Stadtbezirk Mitte  
(Anfrage der Linken vom 06.08.2008)**
2. Die TOP 13 und 14 werden in 1. Lesung behandelt. In diesem Zusammenhang soll vor der nächsten Sitzung am 04.09.2008 ein Ortstermin durchgeführt werden.
3. Die TOP 15 und 16 werden auf Wunsch der Verwaltung vorgezogen und nach dem TOP 4 „Anfragen“ erörtert.

- einstimmig beschlossen -

-:-:-

## **Zu Punkt 1**

### Fragestunde für Einwohner des Stadtbezirks Mitte

Herr Rainer Schulz, Am Ostbahnhof 1, stellt die Frage, ob die Grillveranstaltungen der SPD im Nordpark angemeldet und genehmigt worden sei und ob dort weitere Grillveranstaltungen geplant seien.

Herr Franz führt aus, dass er diese Fragen an die Verwaltung weiterleiten und um Stellungnahme bitten werde. Herr Schulz erhalte eine schriftliche Antwort.

-.-.-

**Zu Punkt 2 Genehmigung von Niederschriften**

**Zu Punkt 2.1 Genehmigung der Niederschrift über die 52. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 07.04.2008**

**Beschluss:**

**Die Niederschrift über die 52. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 07.04.2008 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 2.2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 55. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 05.06.2008**

**Beschluss:**

**Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 55. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 05.06.2008 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 3 Mitteilungen**

**3.1 Ausgeschriebene/begonnene/abgeschlossene Kanal- und Straßenbauvorhaben**

1. Die Straßenbauarbeiten im Kuckucksweg zwischen Friedrich-Hagemann-Straße und der Buswendeanlage sind am 18.04.2008 fertig gestellt worden und wurden mit Datum vom 07.05.2008 abgenommen.
2. Eröffnungstermin für die Straßenbauarbeiten in der Klasingstraße war der 07.05.2008. Die Bauarbeiten werden voraussichtlich im Zeitraum vom 30.06. bis 08.08.2008 ausgeführt.
3. Eröffnungstermin für die Straßenbauarbeiten Johanniskirchplatz und Turmstraße (zwischen Schloßhofstraße und Siegfriedstraße) war der 25.06.2008. Die Bauarbeiten werden voraussichtlich im Zeitraum von Mitte August bis Oktober 2008 ausgeführt.
4. Eröffnungstermin für die Straßenbauarbeiten Bielsteinstraße (zwischen Oelmühlenstraße und Rohrteichstraße) war der 25.06.2008. Die Bauarbeiten werden voraussichtlich im Zeitraum von Mitte August bis Oktober 2008 ausgeführt.
5. Eröffnungstermin für die Straßensanierungsarbeiten Stückenstra-

ße bis Promenade war der 25.06.2008. Die Bauarbeiten werden voraussichtlich in der 33. - 39. Kalenderwoche ausgeführt.

6. Die Straßenbauarbeiten im Bereich Apfelstraße/Jöllnbecker Straße haben am 02.06.2008 begonnen.
7. Die Straßenbauarbeiten in der Straße Am Uhlenteich zwischen Hellingstraße und Haus Nr. 20 (Endausbau Pflaster) wurden am 21.05.2008 fertig gestellt und mit Datum vom 29.05.2008 abgenommen.
8. Mit den Straßenbauarbeiten in der Parallelstraße der Niedernstraße zwischen Am Bach und Haus Nr. 46 (Eröffnungstermin: 11.06.2008) wurde planmäßig am 14.07.2008 begonnen. Die Arbeiten werden voraussichtlich bis zum 08.08.2008 ausgeführt.

- öffentliche Mitteilung -

-.-.-

### 3.2

#### Pflasterregulierung Klasingstraße zwischen Obernstraße und Klosterstraße

Das Amt für Verkehr teilt mit, dass nach Sanierung der Versorgungs- und Entwässerungseinrichtungen zurzeit die Instandsetzung der Pflasterflächen aus Natursteinen erfolge. Die Regulierungsarbeiten würden auch die zwei Behindertenplätze auf der Ostseite vor der Einmündung zur Klosterstraße umfassen. Um die festgestellten Verwerfungen im Pflasterbereich im südlichen Behindertenparkplatz durch Baumwurzeln der angrenzenden Linde zu beseitigen, sei nach eingehender Prüfung durch den Umweltbetrieb die Beseitigung des Baumes erforderlich. Die Wurzelaufrühe seien derart kompakt und großflächig, dass eine verkehrssichere Pflasterung des Behindertenparkplatzes nicht möglich sei. Eine Ersatzpflanzung an einem noch festzulegenden Standort sei vorgesehen. Die im Nahbereich der Außengastronomie stehenden weiteren zwei Bäume erhielten nach Entfernung des Natursteinpflasters eine ca. 35 m<sup>2</sup> große neue Vegetationsfläche mit verbesserter Bodenqualität.

- öffentliche Mitteilung -

-.-.-

### 3.3

#### Schulwegpläne

Das Schulamt teilt mit, dass die neue Auflage der Schulwegpläne für die Schuljahre 2008/09 und 2009/10 für die Schulanfänger fertig gestellt worden sei. Die Sparkasse Bielefeld habe die Druckauflage (Gesamtauflage: 10.000 Exemplare) finanziert. Alle Anregungen seien geprüft und - sofern möglich - aufgenommen worden. Die einzelnen Bauphasen der Großbaustelle Detmolder Straße ließen sich jedoch nicht in den Schulwegplänen darstellen. Es würden jedoch als Sicherheitsstandards ergänzend Notwege und signalisierte Fußgängerüberwege für die Detmolder Straße eingerichtet. Die nächste Auflage der Schulwegpläne erfolge voraussichtlich zum Schuljahr 2010/2011.

- öffentliche Mitteilung -

-.-.-

### **3.4** Sanierung der Straßenbeleuchtung Am Uhlenteich

Das Amt für Verkehr teilt mit, dass im Zuge der Straßenbaumaßnahmen der Straße Am Uhlenteich die abgängigen Pilzleuchten ersetzt würden. Weiterhin werde zur Verbesserung der Beleuchtung eine zusätzliche Leuchte aufgestellt. Es würden 4 m hohe Maste mit Pilzleuchten (Klar-glas) und Energiesparlampen zum Einsatz kommen. Die Kosten der Maßnahme, bei der Anliegerkosten anfallen würden, beliefen sich voraussichtlich auf 6.100 €.

- öffentliche Mitteilung -

-.-.-

### **3.5** Fällung einer Esche

Der Umweltbetrieb teilt mit, dass am 03.07.08 im Bereich des Spielplatzes an der Promenade eine Esche gefällt werden musste. Der Stamm des Baumes habe Hohl- bzw. Faulstellen aufgewiesen, so dass die Stand- und Verkehrssicherheit nicht mehr gewährleistet werden konnte.

- öffentliche Mitteilung -

-.-.-

### **3.6** Querungshilfe in der Ziegelstraße

Frau Mertelsmann teilt mit, dass eine Querungshilfe in der Ziegelstraße im Nachhinein auf Wunsch eines Anliegers als Zebrastreifen umgerüstet worden sei, da dadurch zwei bis drei Stellplätze mehr hätten errichtet werden können. Nachdem die Stellplätze fertig gestellt worden seien, sei versäumt worden, das ursprünglich für die Querungshilfe aufgestellte Halteverbotsschild abzumontieren.

- öffentliche Mitteilung -

-.-.-

### **3.7** Mülltonnen auf dem Kesselbrink

Herr Hahn teilt mit, dass die Mülltonnen auf dem Kesselbrink im Bereich des hinter den Pavillons liegenden kleineren Parkplatzes des Öfteren übertoll seien und Ungeziefer anziehen würden. Diesem Zustand sei Abhilfe zu schaffen.

- öffentliche Mitteilung -

-.-.-

### **3.8** Abstellen von Fahrzeugen auf dem Klosterplatz

Herr Hahn teilt mit, dass in den Sommerferien auf dem Klosterplatz ver-

stärkt Fahrzeuge abgestellt worden seien. Im Nachhinein habe er erfahren, dass es eine Absprache zwischen Stadt und Polizei gegeben habe, das Abstellen von Fahrzeugen während des Zeitraums aufgrund der Baumaßnahmen im Umfeld zu dulden. Es wäre aus seiner Sicht wünschenswert, die Mitglieder der Bezirksvertretung Mitte über solche Absprachen zu unterrichten, damit diese auf Fragen aus der Bevölkerung entsprechend reagieren könnten.

- öffentliche Mitteilung -

-.-.-

3.9

#### Projekt „Wanja Wohlig“

Herr Franz teilt mit, dass sich der Elternrat der Kindertagesstätte „Stadtheider Straße“ ausdrücklich für die Zuwendung der Bezirksvertretung Mitte zur Realisierung des Projekt „Wanja Wohlig“ bedankt habe.

- öffentliche Mitteilung -

-.-.-

Zu Punkt 4

#### Anfragen

Zu Punkt 4.1

#### Amerikahaus

#### hier: Mietausfallerstattungspflicht der Stadt Bielefeld (Anfrage von Herrn Micketeit [BfB] vom 31.07.2008)

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5625/2004-2009

#### Text der Anfrage:

*Besteht gegenüber dem Münchener HFS-Fond eine Mietausfallerstattungspflicht?*

In Beantwortung der Anfrage teilt der Immobilienservicebetrieb mit, dass eine Mietausfallerstattungspflicht gegenüber dem HFS-Fonds ist im Entwurf des Nachtragsvertrages nicht vorgesehen sei.

Vorgesehen sei jedoch eine Schadenersatzregelung für den Fall, dass die Anmietoption nicht bis spätestens 02.03.2009 ausgeübt werde oder eine der beiden Vertragsparteien das Sonderkündigungsrecht ausübe. Es bestehe ein beiderseitiges Sonderkündigungsrecht für die Anmietoption, sofern die Bau- und Nutzungsgenehmigung nicht bis spätestens 30.06.2009 vorliege. Die Baugenehmigung liege jedoch mit Datum vom 04.07.2008 bereits vor.

Im Rahmen der Vereinbarung von Optionsrechten sei es ein im Geschäftsverkehr übliches Verfahren, dass der Vermieter Entschädigungsleistungen verlange, wenn der Mieter die gewährte Option nicht wahrnehme. Dies begründe sich darin, dass der Vermieter in der Zwischenzeit bis zur Ausübung der Option auf Vermarktungsmöglichkeiten verzichte bzw. schon im Vorgriff auf die erwartete Ausübung der Option Leistungen erbringe. Die vorgesehene Regelung zum Schadenersatz sei in ihrer

Höhe angemessen.

Herr Ridder-Wilkens erachtet es als nicht nachvollziehbar, dass die Stadt die im Entwurf des Nachtragsvertrages enthaltene Schadensersatzregelung akzeptiere und fordert, die Angelegenheit nochmals im Rat zu thematisieren.

Herr Franz betont in diesem Zusammenhang, dass es sich tatsächlich nur um einen geplanten Umzug der Stadtbibliothek handle und nicht - wie in der Unterschriftensammlung der Gruppe „Die Linken“ fälschlicherweise dargestellt - um den Abriss der Bibliothek.

-.-.-

**Zu Punkt 4.2**     **Beseitigung der Haltelinie für Radfahrer an der Signalanlage Am Bach /Niederwall**  
**(Anfrage der CDU-Fraktion vom 04.08.2008)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5640/2004-2009

Text der Anfrage:

*Seit wann ist die Haltelinie für Radfahrer an der Signalanlage Am Bach / Niederwall aufgrund von Baumaßnahmen beseitigt worden?*

Das Amt für Verkehr teilt mit, dass in der Straße Am Bach am 25.04.2008 Fräsarbeiten ausgeführt worden seien sowie ein neuer Deckenbelag aufgebracht worden sei. Bei diesen Arbeiten sei die Haltelinie an der Signalanlage Niederwall / Am Bach entfernt worden.

-.-.-

**Zu Punkt 4.3**     **Unterhaltungskosten für Sitzbänke**  
**(Anfrage von Herrn Ridder-Wilkens [Die Linke] vom 06.08.2008)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5659/2004-2009

Sachverhalt:

*In der letzten BZV Sitzung wurde das Aufstellen von gespendeten Sitzbänken der Volksbank Bielefeld abgelehnt. Dies wurde u.a. mit den hohen Unterhaltungskosten (500,- € pro Bank und Jahr) begründet. Nach meiner Meinung trifft dieser Hinweis für die versiegelten Edelstahlbänke der Volksbank Bielefeld nicht zu, sondern nur für die Holzbänke. Daraus ergeben sich weitere Fragen.*

- 1.) *Wie viele Sitzbänke wurden seit 1998 im Bezirk Mitte abgebaut (Bestandszahlen und Entwicklung der letzten 10 Jahre)*
- 2.) *Wie setzten sich die Unterhaltungskosten pro Bank und Jahr in Höhe von 500 € zusammen, wie dies in der letzten Sitzung verlautbart wurde?*

3.) *Wie hoch sind die Kosten pro Jahr und Bank für versiegelte Edelstahlbänke?*

In Beantwortung der Anfrage teilt der Umweltbetrieb mit, dass über den Abbau von Bänken seit 1998 keine statistischen Daten geführt würden. Grundsätzlich würden Bänke, die nicht mehr reparabel seien, durch neue Bankauflagen ersetzt, so dass der Bankstandort erhalten bleibe. Neue Grünanlagen und Spielplätze führten in der Regel zu einem Zuwachs an Bänken. Derzeit sei im Bezirk Mitte ein Bestand von 1.826 Bänken registriert.

Zu der ersten Zusatzfrage führt das Amt aus, dass es sich bei den genannten Unterhaltungskosten von 500 € pro Bank und Jahr um durchschnittliche Kosten für vorhandene, aber auch für neue Standplätze handle, die folgende Tätigkeiten einschließen würden:

1. Zwei- bis dreimaliges Reinigen der Bänke pro Jahr mit einem Hochdruckreiniger (2 Mitarbeiter, Fahrzeug, Hochdruckreiniger, Wassertank; Zeitaufwand: 1 Stunde). Gesamtkosten ca. 250 €
2. Wöchentliche Kontrolle einschließlich der Beseitigung von Vandalismusschäden, z. B. Standsicherheit, scharfe Kanten/Splinter entfernen, gegebenenfalls Richten der Bank, Unrat entfernen und/oder Abfallbehälter entleeren. Je nach Bankstandort 160 € - 250 € p. a.

Hinsichtlich der zweiten Zusatzfrage erklärt der Umweltbetrieb, dass für Edelstahlbänke noch keine Kosten vorlägen, da solche Bänke in der Vergangenheit aus Kostengründen nicht aufgestellt worden seien. Es gebe jedoch Faktoren, die die Kosten ähnlich erheblich beeinflussen könnten, wie dies bei herkömmlichen Bänken der Fall sei, wie z. B. Beseitigung von Vandalismusschäden, Wiederherstellung von beschädigter Bemalung/Beschichtung (spätestens nach 3 Jahren erforderlich nach Aussage der Spender), Reinigung an verschatteten Standorten sowie sonstige - bereits im Rahmen der Beantwortung der ersten Zusatzfrage genannten - Tätigkeiten.

Herr Ridder-Wilkens bezweifelt, dass die Unterhaltungskosten der Edelstahlbänke mit den Kosten der Holzbänke vergleichbar seien.

-.-.-

**Zu Punkt 5**

**Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 11  
Umgestaltung des Kunsthallenparks - Versetzung des Bismarckdenkmals**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5503/2004-2009

**B e s c h l u s s:**

**Die Bezirksvertretung Mitte genehmigt die von dem Bezirksvorsteher Herr Franz und den stellvertretenden Bezirksvorstehern Herrn Henningsen und Herrn Gutwald am 03.07.2008 unterzeichnete Dring-**

**lichkeitsentscheidung Nr. 11 zur Versetzung des Bismarckdenkmals  
in die Grünanlage am Oberntorwall.**

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-:-

Zu Punkt 6

**Anträge**

Zu Punkt 6.1

**Bericht zum Stand der Sanierungsarbeiten an der Sparrenburg  
(Antrag der SPD-Fraktion vom 01.08.2008)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5626/2004-2009

Text des Antrages:

*Die Bezirksvertretung möge beschließen:*

*Die Verwaltung wird gebeten, einen Bericht über*

- *den Stand der Sanierungsarbeiten an der Burg,*
- *den Stand der archäologischen Ausgrabungen und deren weitere Planungen*
- *und die Folgen der Ausgrabungen für die weiteren geplanten Sanierungsschritte an und auf der Burg*

*in der Bezirksvertretung zeitnah zu geben.*

Begründung:

*Die zur Erhaltung der Burganlage notwendigen Sanierungsarbeiten sind in ersten Teilschritten umgesetzt worden. Die bei den Arbeiten freigelegten archäologischen Funde und ihre Ausgrabungen sind von großem historischem und öffentlichem Interesse. Es ist sinnvoll, einen Zwischenbericht über den Stand der Sanierungsarbeiten und die Folgen der archäologischen Ausgrabungen für die weiteren Sanierungsschritte den politischen Gremien vorzustellen.*

**B e s c h l u s s:**

**Die Verwaltung wird gebeten, einen Bericht über**

- **den Stand der Sanierungsarbeiten an der Burg,**
- **den Stand der archäologischen Ausgrabungen und deren weitere Planungen**
- **und die Folgen der Ausgrabungen für die weiteren geplanten Sanierungsschritte an und auf der Burg**

**in der Bezirksvertretung zeitnah zu geben.**

- einstimmig beschlossen -

-:-

**Zu Punkt 6.2**

**Wiederherstellung der Haltelinie für Radfahrer an der Signalanlage Am Bach / Niederwall**  
**(Antrag der CDU-Fraktion vom 04.08.2008)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5641/2004-2009

Text des Antrages:

*Die Haltelinie für Radfahrer an der Signalanlage Am Bach / Niederwall ist umgehend aus Gründen der Rechts- und Verkehrssicherheit wiederherzustellen.*

Begründung:

*Im Zuge von Baumaßnahmen ist die Haltelinie für Radfahrer an der Signalanlage Am Bach / Niederwall beseitigt und trotz Anmahnungen durch den Antragsteller bis zum Zeitpunkt dieser Antragstellung nicht wiederhergestellt worden. Das führt bei Radfahrern zu Irrtümern über die Einschätzung der tatsächlichen Rechtslage und damit zur Gefährdung von Fußgängern, die ordnungsgemäß bei Grün die Fahrbahn queren, wie der Antragsteller selbst erleben musste. Radfahrer glauben nämlich, dass für sie ausschließlich die kombinierte Signalisierung des Fußgängerüberwegs Niederwall Geltung habe.*

Herr Meichsner erklärt, dass sich der Antrag erledigt habe, da die Verwaltung die fehlende Haltelinie zwischenzeitlich wieder aufgebracht habe.

---

**Zu Punkt 6.3**

**Auslichtung des Schilderwalds Detmolder Straße**  
**(Antrag der CDU-Fraktion vom 04.08.2008)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5642/2004-2009

Text des Antrages:

*Der Schilderwald an der Detmolder Straße ist radikal auszulichten. Dabei sind insbesondere Schilder, die eindeutig situationsunangemessene Ver- oder Gebote anordnen, umgehend zu beseitigen.*

Begründung:

*Im Zuge der Baumaßnahme Detmolder Straße ist ein Schilderwald entstanden, der für den Kraftfahrer gelinde ausgesprochen verwirrend ist, weil teilweise Ver- und Gebotsschilder auf einem Abschnitt sich sogar widersprechen. Einerseits besteht zum Beispiel auf der gesamten Strecke Überholverbot für LKW. Aufgrund eines Zusatzschildes dürfen langsamere Fahrzeuge aber trotzdem überholt werden, obgleich die gelbe durchgezogene Linie das eigentlich ausschließt (Strecke zwischen Loebell- und Sparrenstraße).*

*Obgleich der Antragsteller mehrfach auf die unmögliche Schildersituation hingewiesen hat, so zum Beispiel in der Sitzung des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss am 17.06.2008 ist bislang nicht nur nichts pas-*

*siert, sondern es sind noch ein paar Schilder dazugekommen. Auch in diesem Fall hofft der Antragsteller, dass vielleicht doch endlich mal was passiert.*

Unter Bezugnahme auf den Antrag teilt das Amt für Verkehr mit, dass es die Baustellenbeschilderung im 1. Bauabschnitt der Detmolder Straße bis hinter die Teutoburger Straße überprüft habe. Bereits Ende Juni sei eine Überprüfung hinsichtlich der Frage einer möglichen Überbeschilderung erfolgt. Danach seien aber nicht alle Verkehrszeichen, die sich einsparen ließen, auch tatsächlich entfernt worden. Insoweit sei die erneute Überprüfung, die auch die zwischenzeitlichen Änderungen in der Verkehrsführung berücksichtigt habe, angebracht gewesen. Die Verkehrssicherungsfirma habe zwischenzeitlich 17 Verkehrszeichen entfernen können, ohne die Verkehrsregelung zu beeinträchtigen. Ferner würden mehrere Verkehrszeichen erneuert oder umgesetzt, um vorhandene Verkehrszeichen nicht zu verdecken oder besser sichtbar zu machen. Die (stationären) Überholverbotszeichen für Lkw an der Detmolder Straße stadtauswärts würden zugehängt; ob diese nach Freigabe des 1. Bauabschnitts noch erforderlich seien, werde die Straßenverkehrsbehörde zu gegebener Zeit prüfen. Das Amt für Verkehr werde die Beschilderung im ersten und den weiteren Bauabschnitten künftig in unregelmäßigen Abständen hinsichtlich der Schilderhäufung überprüfen.

Nachfolgend zeigt Herr Meichsner mittels einer Beamer-Präsentation Fotos vom 1. Bauabschnitt der Detmolder Straße, die verdeutlichen würden, wie die unmittelbaren Anlieger von der Baumaßnahme betroffen seien. Aus seiner Sicht könne an einigen Stellen durchaus eine Ungleichbehandlung festgestellt werden, insbesondere was die Erschließung der einzelnen Grundstücke betreffe. Darüber hinaus sei die Beschilderung teilweise nicht nachvollziehbar bzw. widersprüchlich. Nach allem spreche er sich für ein möglichst kurzfristiges Einberufen der Arbeitsgruppe Detmolder Straße aus.

Herr Gutknecht bestätigt die Ausführungen von Herrn Meichsner und weist darauf hin, dass vergleichbare Probleme auch bei kleineren Maßnahmen auftreten würden. Er bittet Herrn Meichsner, die Fotos der „Arbeitsgruppe Detmolder Straße“ zur Verfügung zu stellen, da die im Vorfeld der Baumaßnahme gemachten Aussagen der Verwaltung anscheinend von den tatsächlichen Gegebenheiten abweichen würden.

### **Beschluss:**

- 1. Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen von Herrn Meichsner zur Kenntnis.**
- 2. Sie spricht sich dafür aus, die noch vorhandenen Mängel zeitnah zu beseitigen.**
- 3. Darüber hinaus ist die Arbeitsgruppe Detmolder Straße möglichst kurzfristig einzuberufen.**

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 6.4

**Ampelschaltung an der Kreuzung Mindener Straße / Große-Kurfürsten-Straße**  
**(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.08.2008)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5644/2004-2009

Text des Antrages:

*Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob eine Abschaltung der Ampelanlage an der Kreuzung Mindener Straße / Große-Kurfürsten-Straße zur Verbesserung des Verkehrsflusses führt sowie aus sicherheitstechnischen Gründen möglich ist.*

Begründung:

*Seit längerer Zeit konnte beobachtet werden, dass das Verkehrsaufkommen an diesem Kreuzungspunkt nicht so hoch ist, dass es einer Signalsteuerung bedarf. Die Ampelschaltung führt im Gegenteil dazu, dass der Verkehrsfluss auf der Mindener Straße eher behindert wird als dass das Einfädeln aus Richtung Große-Kurfürsten-Straße auf die Mindener Straße erleichtert wird. In der Vergangenheit (ohne Signalisierung) war dies ja auch problemlos möglich.*

**B e s c h l u s s:**

**Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob eine Abschaltung der Ampelanlage an der Kreuzung Mindener Straße / Große-Kurfürsten-Straße zur Verbesserung des Verkehrsflusses führt sowie aus sicherheitstechnischen Gründen möglich ist.**

- einstimmig beschlossen -

-:-:-

Zu Punkt 7

**Erweiterung Spielplatz Albert-Schweitzer-Straße/Heisenbergweg**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5574/2004-2009

Frau Wißmann erläutert anhand von Plänen und Luftbildern die Entwurfsplanung. Die Erweiterung des vorhandenen Spielplatzes sei in erster Linie für ältere Kinder gedacht, was sich auch an der Auswahl der Spielgeräte zeige. Bis auf bereits aufgrund mangelnder Standsicherheit im Frühjahr gefällte Bäume bleibe der vorhandene Baumbestand erhalten, so dass dem Spielplatz ein Waldcharakter verliehen werden könne.

Herr Meichsner kritisiert die fehlende Übersichtlichkeit der Planunterlagen. Auf seine Nachfrage erklärt Frau Wißmann, dass in dem Bereich keine Robinien gepflanzt würden. Ohnehin würden Neuanpflanzungen nur zur Ergänzung des vorhandenen Baumbestandes bzw. zur Arrondierung des Bereichs erfolgen.

Herr Gutwald befürwortet das der Planung zugrunde liegende Konzept ausdrücklich und begrüßt insbesondere, dass der Erschließungsträger sowohl die Planungs- wie auch die Baukosten übernehme.

Frau Mertelsmann schließt sich den Ausführungen von Herrn Gutwald an und erachtet die Entwurfsplanung ebenfalls als sehr gelungen.

Auf die Frage von Herrn Henningsen, inwieweit eine soziale Kontrolle des Geländes gewährleistet sei, weist Frau Wißmann darauf hin, dass der Spielplatz im vorderen Bereich vom angrenzenden Fußweg aus eingesehen werden könne, da dort keine Rahmenbepflanzung erfolgen werde.

### **B e s c h l u s s:**

**Der Entwurfsplanung für den Spielplatz „Albert-Schweitzer-Straße“ im Baugebiet „Heisenbergweg“ wird entsprechend der Vorlage und dem Entwurf vom 16.07.2008 zugestimmt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

## **Zu Punkt 8**

### **1. Änderungssatzung zur Satzung über die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Bielefeld (Friedhofssatzung) vom 01. August 2005**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5568/2004-2009

Herr Meichsner spricht sich dafür aus, den vorliegenden Satzungsänderungsentwurf nur zur Kenntnis zu nehmen, da dieser inhaltlich in erster Linie den Sennefriedhof betreffe. Eine Entscheidung über die Ausweitung der Geltungsdauer der Satzung über 2010 hinaus lehne er zum jetzigen Zeitpunkt ab, da noch einige offene Punkte zu klären seien.

**Die Bezirksvertretung Mitte nimmt den Entwurf der 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Bielefeld (Friedhofssatzung) vom 01. August 2005 gemäß der Anlage I zur Kenntnis.**

-.-.-

## **Zu Punkt 9**

### **Erlass einer Veränderungssperre für das Flurstück 1650, Flur 52, Gemarkung Bielefeld (Herforder Str. 237) (Teilgebiet der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/2/09.01)**

**- Stadtbezirk Mitte -  
Satzungsbeschluss**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5502/2004-2009

Unter Bezugnahme auf den lt. Vorlage beabsichtigten Ausschluss größeren Einzelhandels bittet Herr Meichsner um Auskunft, inwieweit der der Verwaltung vorliegende Antrag auf Nutzungsänderung eines Wohn- und Geschäftsgebäudes in eine Verkaufsstätte für Textilien und Lager bei einer Verkaufsfläche von 695 m<sup>2</sup> hierunter zu subsumieren sei. Herr

Blankemeyer führt aus, dass eine Veränderungssperre zum jetzigen Zeitpunkt zur weiteren Sicherung der Planung erforderlich sei.

**B e s c h l u s s:**

Die der Beschlussvorlage als Anlage beigefügte Satzung über die Anordnung einer Veränderungssperre für das Flurstück 1650, Flur 52, Gemarkung Bielefeld (Herforder Str. 237) - (Teilgebiet der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/2/09.01) wird beschlossen.

Für die genaue Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der Veränderungssperre ist die im Abgrenzungsplan des Bauamtes im Maßstab 1 : 1000 vorgenommene Eintragung (rote Linie) verbindlich.

- einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen -

-:-

Zu Punkt 10

**Erlass einer Satzung über die Anordnung einer Veränderungssperre für das Gebiet zwischen Beckhausstraße, Schillerstraße, Bernhard-Mosberg-Straße und Stadtheider Straße (Gebiet des in der Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. II/2/62.00 "Schillerstraße") - Stadtbezirk Schildesche -**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5514/2004-2009

Herr Meichsner erklärt, dass sich seine Fraktion bei der Abstimmung enthalten werde.

**B e s c h l u s s:**

Die der Beschlussvorlage als Anlage beigefügte Satzung über die Anordnung einer Veränderungssperre für das Gebiet zwischen Beckhausstraße, Schillerstraße, Bernhard-Mosberg-Straße und Stadtheider Straße (Gebiet des in der Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. II/2/62.00 "Schillerstraße") wird beschlossen.

Für die genauen Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches der Veränderungssperre ist die im Abgrenzungsplan des Bauamtes im Maßstab 1: 1000 vorgenommener Eintragung (rote Linie) verbindlich.

- einstimmig bei acht Enthaltungen beschlossen -

-:-

Zu Punkt 11

**Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/3/48.01 "Am Kesselbrink" für den Bereich östlich der August-Bebel-Straße, südlich der Werner-Bock-Straße, westlich der Agentur für Arbeit und nördlich der Straße Am Hallenbad im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a Baugesetzbuch (BauGB)**

**- Stadtbezirk Mitte -**

**Entwurfsbeschluss**

**Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange (Offenlegung)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5559/2004-2009

Herr von Neumann-Cosel erklärt, dass die ursprüngliche Differenzierung zwischen Kerngebiet und allgemeinem Wohngebiet aufgegeben worden sei und nunmehr im Entwurf lediglich eine Differenzierung durch das Maß unterschiedlicher Nutzungen vorgeschlagen werde. Die unterschiedlichen Nutzungen ermöglichten eine horizontale Gliederung des Gebietes (gewerbliche Nutzung im vorderen und Wohnnutzung im hinteren Bereich des Gebietes).

Unter Bezugnahme auf die unter Ziffer 8.1 gemachten Ausführungen zur geplanten Art der baulichen Nutzung bittet Herr Dr. Neu um nähere Erläuterungen zur ausnahmsweisen Zulässigkeit baulicher Anlagen.

Herr von Neumann-Cosel führt aus, dass aus Sicht der Verwaltung introvertierte Nutzungen, wie z. B. stationäre Pflegeeinrichtungen, der Qualität des Grundstücks nicht angemessen seien und von daher nicht zugelassen werden sollten. Die Ausnahmeregelung stelle eine Steuerungsmöglichkeit dar und ermögliche aus städtebaulicher Sicht eine qualitätvolle citynahe Nutzung des Bereichs.

Auf Nachfrage von Frau Mertelsmann zu den finanziellen Auswirkungen für die Stadt antwortet Herr von Neumann-Cosel, dass diese Kosten zurzeit nicht absehbar seien und im weiteren Verfahren geklärt werden müssten. Hierbei könnte es sich z. B. um Maßnahmen im öffentlichen Raum handeln, wie z. B. die Errichtung einer Lichtsignalanlage an der Straße Am Hallenbad für Einsatzfahrzeuge der Polizei.

Frau George fragt nach, ob das Vorhaben sowie dessen verkehrliche Auswirkungen mit der Polizei abgestimmt worden seien. Des Weiteren äußert sie die Befürchtung, dass die auf dem Grundstück vorhandenen Bäume durch die Maßnahme gefährdet seien. Überdies bittet sie um Ausführungen zur geplanten Dachlandschaft.

Die Einlassungen von Herrn Dr. Neu aufnehmend empfiehlt Herr Meichsner hinsichtlich der Art der baulichen Nutzung auf das Anführen von Beispielen zu verzichten. Er beantragt, den Satz auf S. 5, Ziffer 8.1 beginnend mit „Hiermit sollen introvertierte Nutzungen wie stationäre Pflegeeinrichtungen.....“ zu streichen, da sich die Bezirksvertretung bereits in früheren Diskussionen dafür ausgesprochen habe, im Einzelfall zu entscheiden, ob eine Nutzung problematisch oder unproblematisch sei.

Herr Micketeit weist darauf hin, dass es für das betreffende Grundstück schon mehrere Planungen gegeben habe, die nicht zur Realisierung ge-

langt seien. Von daher stelle sich ihm die Frage, ob und wann das jetzt in Rede stehende Vorhaben realisiert werde.

Hinsichtlich der von Frau George gestellten Frage zur Dachlandschaft erläutert Herr von Neumann-Cosel, dass zum Kesselbrink - wie bereits in der ersten Fassung vorgesehen - eine Flachdachbebauung geplant sei. Nach längerem Abwägungsprozess schlage die Verwaltung diese Dachform zur Wahrung der Homogenität in dem Bereich auch für die übrigen Baukörper entlang der Werner-Bock-Straße bzw. im rückwärtigen Gelände vor. Ersatzpflanzungen für entfallende Bäume würden in Abstimmung mit dem Umweltamt innerhalb der öffentlichen Grünfläche vorgenommen. Nach mehreren Gesprächen mit der Polizei bestünde dahingehend Einvernehmen, dass die Ausfahrt von der Polizeiinspektion in die Straße Am Hallenbad dann gesichert sei, wenn es in der geplanten Tiefgarage eine ausreichende Rückstaufläche für ca. drei Fahrzeuge gebe. Nach ersten Vorprüfungen könne dies durch die Verlegung der Schranke in die Tiefgarage hinein erreicht werden. Zur Frage der Realisierung teilt Herr von Neumann-Cosel abschließend mit, dass der Investor in einem heute geführten Gespräch erklärt habe, Ende des Monats einen Bauantrag einzureichen.

Unter Berücksichtigung des Antrages von Herrn Meichsner fasst die Bezirksvertretung sodann folgenden

### **B e s c h l u s s:**

- 1. Der Bebauungsplan Nr. III/3/48.01 „Am Kesselbrink“ für den Bereich östlich der August-Bebel-Straße, südlich der Werner-Bock-Straße, westlich der Agentur für Arbeit und nördlich der Straße Am Hallenbad wird als Entwurf beschlossen.**
- 2. Für die genaue Abgrenzung des Bebauungsplangebietes ist die im Bebauungsplan-Entwurf eingetragene „Grenze des räumlichen Geltungsbereiches“ verbindlich.**
- 3. Die Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB ist nicht erforderlich.**
- 4. Der Flächennutzungsplan ist gemäß § 13a (2) Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung anzupassen.**
- 5. Der Bebauungsplan-Entwurf mit Text und Begründung ist mit den wesentlichen bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen gemäß § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen. Die Bekanntmachung der Auslegung erfolgt gemäß § 3 (2) BauGB. Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des Bebauungsplanes gemäß § 4 (2) BauGB ist gemäß § 4a (2) BauGB parallel zur Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen.**
- 6. Unter Ziffer 8.1 „Geplante Art der baulichen Nutzung“ (S. 5 der Vorlage) ist der Satz „Hiermit sollen introvertierte Nutzungen wie stationäre Pflegeeinrichtungen ausgeschlossen werden, während andere unproblematische Nutzungen dann - über den Weg der**

**Ausnahme - zugelassen werden können.“ ersatzlos zu streichen. Ausnahmsweise zulässige Anlagen für gesundheitliche und soziale Zwecke sind im Einzelfall zu prüfen und den zuständigen politischen Gremien vorzustellen.**

- einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12

**Überdachung der Eingänge zum Jahnplatz-Forum**  
**Beschluss zur Durchführung des Realisierungswettbewerbes sowie**  
**über die Inhalte der Auslobung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5631/2004-2009

Auf Nachfrage von Herrn Meichsner erläutert Herr von Neumann-Cosel die Besetzung des Preisgerichts. Die noch nicht namentlich genannten stellvertretenden Preisrichter (Position 9 - 14) sollten nach Ansicht der Verwaltung aus dem Kreis der Bezirksvertretung und des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses (UStA) benannt werden.

Herr Meichsner weist darauf hin, dass das ursächliche Besetzungsrecht weder bei der Verwaltung noch bei der Bezirksvertretung, sondern beim UStA liege. Von daher schlage er vor, bis zur Sitzung des UStA zu klären, wie die Besetzung insgesamt durchzuführen sei. Unter Verweis auf die Ausführungen im zweiten Absatz auf S. 13 der Vorlage betont er nachfolgend, dass im UStA ausdrücklich der Wunsch geäußert worden sei, dass die Wettbewerbsteilnehmer auch Vorschläge zum Umfeld machen sollten. Hierfür sei es sicherlich erforderlich, den Architekten einen Orientierungsrahmen zu geben. Allerdings erachte er die unter B 4 „Beleuchtung“ getroffene Aussage, dass das von der Planungsgemeinschaft Lützwow 7 und ASTOC erarbeitete Beleuchtungskonzept dabei Berücksichtigung finden sollte, als problematisch.

Herr von Neumann-Cosel weist darauf hin, dass Auslober des Wettbewerbs der Eigentümer des Forums sei und die Verwaltung nur begleitend tätig sei. Von daher müsse die Entscheidung, ob und inwieweit die Wettbewerbsteilnehmer das Umfeld einbeziehen sollten, im Konsens mit dem Eigentümer getroffen werden.

Herr Franz erachtet es ebenfalls als angemessen und sinnvoll, im Rahmen des Realisierungswettbewerbes die Teilnehmer zu bitten, Vorschläge zur Gestaltung der näheren Umgebung zu unterbreiten. Allerdings sei festzuhalten, dass dies nicht in die Bewertung des eigentlichen Wettbewerbs einfließe.

Frau George spricht sich dafür aus, alle Ein- bzw. Ausgänge zum Jahnplatz-Forum zu überdachen. Die aktuelle Planung sei aus ihrer Sicht insofern nur Stückwerk.

Herr Micketeit lehnt diese Forderung ab, da die Überdachungen hauptsächlich die Nutzerinnen und Nutzer der Rolltreppen an den Haupteingängen vor Regenwasser schützen sollten. Auf weitere Überdachungen sollte aus stadtgestalterischen Aspekten verzichtet werden.

Herr Franz schlägt unter Berücksichtigung der bisherigen Diskussion vor, die in Ziffer 3 des Beschlussvorschlages enthaltene Regelung zur Besetzung des Preisgerichts auszuklammern und bis zur Sitzung des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses eine entsprechende Klärung herbeizuführen.

### **B e s c h l u s s:**

1. Die Durchführung des Realisierungswettbewerbes zur Überdachung der Eingänge des Jahnplatz- Forums wird beschlossen.
2. Der als Anlage beigefügte Auslobungstext wird unter Berücksichtigung folgender Ergänzungen bzw. Änderungen zustimmend zur Kenntnis genommen:
  1. Der zweite Absatz auf S. 13 ist um folgende Formulierung zu ergänzen:  
„Es wäre wünschenswert, wenn die Wettbewerbsteilnehmer Vorschläge zur Gestaltung des Umfelds unterbreiten würden. Diese Vorschläge sind jedoch nicht Bestandteil des Wettbewerbs und werden nicht bewertet.“
  2. Im zweiten Absatz unter Ziffer B 4 (Beleuchtung) ist das Wort „sollte“ durch das Wort „kann“ zu ersetzen.

- einstimmig bei zwei Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

### **Zu Punkt 13**

### **Anpassung der Nikolaus-Dürkopp-Straße an den Einsatz breiter Stadtbahnwagen**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5606/2004-2009

Herr Franz weist darauf hin, dass sich die Bezirksvertretung bereits vor Eintritt in die Tagesordnung darauf verständigt habe, diesen Tagesordnungspunkt wie auch den nächsten Punkt „Stadtbahn im Dürkopp-Quartier“ nur in erster Lesung zu beraten.

Herr Meichsner bittet um Auskunft, ob der Kurvenradius im Einmündungsbereich der Nikolaus-Dürkopp-Straße / Niederwall beibehalten werde oder ob die Gleise auseinander gezogen werden müssten, was zur Folge hätte, dass der Bürgersteig nur noch ca. 1,12 m breit wäre. Überdies stelle sich ihm angesichts des engen Kurvenradius sowie der ohnehin schon vorhandenen Lärmentwicklung die Frage, ob eine Durchfahrt in Dreifachtraktion überhaupt möglich sei. Im Übrigen befürchte er bei einer Ausweitung der Gleise Probleme mit dem zum Hotel gehörenden Stellplatz an der nördlichen Seite der Nikolaus-Dürkopp-Straße. Abschließend weist Herr Meichsner darauf hin, dass aus seiner Sicht die Anlage eines Hochbahnsteiges in dem Bereich zwischen Turnerstraße und August-Bebel-Straße nicht realisierbar sei.

Herr Gutknecht betont, dass die Maßnahme in der Nikolaus-Dürkopp-

Straße in Zusammenhang mit den geplanten Maßnahmen im Dürkopp-Quartier zu sehen sei und aufeinander abgestimmt werden sollten. Von daher bittet er um Auskunft zur zeitlichen Perspektive und kritisiert das Fehlen entsprechender Planunterlagen. Überdies vermisst er Aussagen zu den Frequenzen der Haltestellen, deren Einzugsgebiete sowie zu den damit in Zusammenhang stehenden Wegestrecken, insbesondere unter Berücksichtigung des demographischen Wandels und der sich daraus ableitenden Notwendigkeit möglichst kurzer Wegestrecken bzw. zusätzlicher Haltestellen.

Herr Hennigsen befürchtet, dass sich durch die beabsichtigte Anpassung der Nikolaus-Dürkopp-Straße das Problem der Falschparker, auf das bereits in der Vorlage hingewiesen worden sei, weiter verschärfe.

Herr Glasl betont, dass der Gleisverlauf in der heutigen Lage bestehen bleibe und eine Aufweitung der Gleise nicht erforderlich sei. Zur Problematik der Falschparker ergänzt Herr Meier, dass dies weniger auf den zum Hotel gehörenden Stellplatz, sondern vielmehr auf die Stellplätze auf der gegenüberliegenden Straßenseite zurückzuführen sei. Hauptgrund für die aktuelle Lärmemission sei das sanierungsbedürftige Schienenmaterial. Herr Glasl erklärt nachfolgend, dass ein Hochbahnsteig am Haltepunkt August-Schröder-Straße nicht im Rahmen der Sanierungsmaßnahme der moBiel GmbH realisiert werden könne. Der geplante Parkstreifen sei mit 2 m ausreichend, die Stellplatzbilanz ausgeglichen. Er räumt ein, dass die Gehwegbreite mit 1,52 m auf ein Minimum reduziert sei, allerdings könne aufgrund des beabsichtigten Materialwechsels davon ausgegangen werden, dass dieser Bereich zumindest freigehalten werde.

Herr Meichsner erachtet es als zwingend erforderlich, die Baumaßnahme in der Nikolaus-Dürkopp-Straße mit dem Umbau der Detmolder Straße in Einklang zu bringen, um eine Erschließung der Innenstadt nicht zusätzlich zu erschweren.

Herr Glasl und Herr Meier entgegnen, dass die August-Bebel-Straße von der Baumaßnahme nicht betroffen sei und der Verkehr dort weiterhin ungehindert fließen könne.

Herr Klemme äußert sein Unverständnis, dass die Stadtbahnwagen bereits bestellt worden seien, ohne dass die Frage der Gleislage geklärt sei.

Herr Gutknecht erklärt, dass aus seiner Sicht ein Hochbahnsteig in der Nikolaus-Dürkopp-Straße sinnvoll sei und er sich dafür ausspreche, beide Maßnahmen in einem Zug zu realisieren. Abschließend äußert er die Befürchtung, dass durch die Umbaumaßnahme der ruhende Verkehr auf den Gehweg verschoben werde.

**Die Bezirksvertretung Mitte nimmt sodann die Vorlage in 1. Lesung zur Kenntnis und vereinbart vor der nächsten Sitzung am 04.09.08 um 15.00 Uhr einen Ortstermin in der Nikolaus-Dürkopp-Straße.**

**Stadtbahn im Dürkopp-Quartier**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5639/2004-2009

Frau Mertelsmann merkt an, dass die Diskussion über eine mögliche Trassenführung der Stadtbahn nach Heepen noch nicht abgeschlossen sei. Die vorliegende Planung würde diese Diskussion allerdings beenden. Im Übrigen erachte sie den mit der angedachten Verlängerung der Linie 4 in das Dürkopp-Gelände verbundenen Nutzen als sehr gering. Die bisherige Streckenführung müsse aus ihrer Sicht nicht zwingend verbessert werden, zumal sie weitere Optionen für eine Führung der Stadtbahn nach Heepen offen halte. Abschließend stellt sie die Frage, ob die Kosten-Nutzen-Relation für die kurze Erweiterung des Stadtbahnnetzes gewahrt sei.

Frau George befürchtet, dass die beabsichtigte Verlängerung große Beeinträchtigungen für die Bewohnerinnen und Bewohner auf dem Dürkopp Tor 6-Gelände mit sich bringen werde.

Herr Meichsner erinnert daran, dass die Führung der Stadtbahn durch die Nikolaus-Dürkopp-Straße ein Provisorium darstelle. Das eigentliche Ziel sei es seinerzeit gewesen, nach spätestens fünf Jahren die Rampe vor dem Rathaus bzw. vor dem Theater zu beseitigen, die aus seiner Sicht eine „städtebauliche Todsünde“ darstelle. Auch wenn es zur Zeit unwahrscheinlich sei, dass die Rampe in nächster Zukunft beseitigt werde, würde ein der Vorlage entsprechender Beschluss dieses Provisorium letztlich verfestigen. Des Weiteren stehe die von der Verwaltung vorgeschlagene Verlängerung in deutlichem Widerspruch zu der ebenfalls diskutierten Trassenführung in der Werner-Bock-Straße. Im Übrigen sei darauf hinzuweisen, dass die Trassenfreihaltung auf dem Gelände Dürkopp Tor 6 unter dem Aspekt des Weiterfahrens der Stadtbahn erfolgt sei. Zudem gehe er davon aus, dass sich Anwohnerinnen und Anwohner über die Streckenverlängerung beschweren werden, da mit erheblichen Lärmbelastigungen und somit zu Beeinträchtigungen der Wohnqualität zu rechnen sei. Nach allem bittet er darum, die Vorlage um detaillierte Planungen und Ansichten zu ergänzen und die unter TOP 13 vereinbarte Ortsbesichtigung auf den betreffenden Bereich auszudehnen. Abschließend bittet er darum, die zeitlichen Perspektiven deutlich darzulegen, da diese Maßnahme unmittelbar in die Verkehrsführung auf der August-Bebel-Straße eingreife und somit die Erschließung der Innenstadt unter Berücksichtigung des Umbaus der Detmolder Straße zusätzlich beeinträchtige.

Frau Dietz erklärt, dass das Haltestellenkonzept langfristig angelegt sei und in der Vorlage auf eine eventuelle Machbarkeit abgehoben werde. Eine Kollision mit der Baumaßnahme in der Detmolder Straße schließe sie aus, zumal für die Haltestellensituation noch Planungsrecht zu schaffen sei.

Herr Meier betont, dass im Hinblick auf die Linienbestimmung nach Heepen eine strategische Ausrichtung erforderlich sei. Wäre diese Frage geklärt, könnten einige der in der Vergangenheit vorgenommenen Sicherungen entfallen. Die Vorlage diene allerdings in erster Linie der Prüfung einer grundsätzlichen Machbarkeit der Verlängerung der Stadtbahnlinie 4. Die Haltestellenanlage sei als eingleisige Anlage im Bereich des Berli-

ner Bahnhofs vorgesehen und würde allerdings an dieser Stelle einen Ausstieg aus einer Trassenführung nach Heepen bedeuten, da sie automatisch in den Stadtbahntunnel führen würde.

**Die Bezirksvertretung Mitte nimmt sodann die Vorlage in 1. Lesung zur Kenntnis und vereinbart, im Rahmen des unter TOP 13 beschlossenen Ortstermins auch das Gelände Dürkopp Tor 6 zu besichtigen.**

-.-.-

## Zu Punkt 15

### **Aufgabe der städtischen Unterkunft für einheimische wohnungslose Männer Ernst-Rein-Str. 54, 33613 Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2009/5462

Herr Meichsner kritisiert, dass im Verfahren keine ordnungsgemäße Beteiligung der Bezirksvertretung erfolgt sei, obwohl die Angelegenheit von erheblicher Bedeutung für den Stadtbezirk sei. Da der Umzug aus der Unterkunft Ernst-Rein-Straße in die Unterkunft Kreuzstraße schon in den nächsten Woche vollzogen werde, könne er die Vorlage nur noch zur Kenntnis nehmen. Im Übrigen erachte er es als unglücklich, dass die Politik von den Planungen der Verwaltung erst aus der Presse erfahren habe.

Nach allem stellt er folgenden Antrag:

- 1. Die Bezirksvertretung Mitte nimmt die Aufgabe der städtischen Unterkunft in der Ernst-Rein-Straße 54 zur Kenntnis.*
- 2. Die Bezirksvertretung Mitte sieht aus bekannten Gründen den Ersatzstandort kritisch und erwartet vom Sozial- und Gesundheitsausschuss, dass abweichend von seinem Beschluss um Berichterstattung nach einem Jahr im wohnumfeldbeeinträchtigenden Konfliktfall gemeinsam mit der Verwaltung und der Bezirksvertretung Mitte zeitnah nach Lösungen gesucht wird.*

Auf die Frage von Frau George, wo die Bewohnerinnen und Bewohner der verschiedenen Unterkünfte untergekommen seien, führt Herr Beigeordneter Kähler aus, dass diese in betreuten Wohnformen oder in Wohnungen untergebracht worden seien. Das Konzept beinhalte die Komponente, durch verstärkte soziale Arbeit Menschen zu helfen wieder eigenständig wohnen zu können und im besten Fall einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Die hierfür erforderlichen Mittel lägen deutlich unter den Kosten, die durch den Betrieb der Unterkünfte verursacht würden. Herr Beigeordneter Kähler betont, dass es sich bei der Unterkunft Kreuzstraße nicht um einen Ersatzstandort handele, da die Immobilie schon seit vielen Jahren als Unterkunft für den Personenkreis genutzt werde. Vor dem Umbau hätten dort 60 Plätze zur Verfügung gestanden. Nunmehr würden 35 Plätze in Einzelzimmern sowie zusätzlich in drei Zimmern 18 Mehrbettplätze und eine Notunterkunft vorgehalten werden.

Herr Ridder-Wilkens begrüßt den Rückgang der Zahl der einheimischen Wohnungslosen ausdrücklich. Die Situation in der Unterkunft Ernst-Rein-

Straße 54 sei menschenunwürdig gewesen und habe mehrfach zu Konflikten geführt. Von daher erachte er es als sehr positiv, dass in der Kreuzstraße überwiegend Einzelzimmer zur Verfügung gestellt würden. Im Übrigen teile er nicht die Bedenken der CDU-Fraktion, im Umfeld der Unterkunft könnten nunmehr verstärkt Konflikte auftreten.

Frau Mertelsmann räumt ein, dass eine andere Form der Beteiligung der Bezirksvertretung sicherlich möglich gewesen wäre. Unabhängig davon sei allerdings zu konstatieren, dass das Konzept erfolgreich gewesen sei, was sich an der Zahl der Aufgaben der Unterkünfte zeige. Der Standort Kreuzstraße sei weniger kritisch als bisher, da er nach der Umgestaltung den Bedürfnissen der Personen stärker entgegenkomme. Die SPD-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Herr Gutwald kritisiert ebenfalls die späte Beteiligung der Bezirksvertretung. Dennoch erachte auch seine Fraktion das Konzept „Integration statt Ausgrenzung“ als vollen Erfolg sowohl für die Stadt wie auch für den betroffenen Personenkreis.

Herr Meichsner weist darauf hin, dass es sich seiner Auffassung nach nicht um eine Fortführung eines bestehenden Standortes handele, da eine konzeptionelle Änderung für die Unterkunft beschlossen worden sei mit der Maßgabe, weitere Objekte zu prüfen, was jedoch nicht in vollem Umfang erfolgt sei. Bei einer rechtzeitigen Beteiligung der Bezirksvertretung Mitte wäre es sicherlich möglich gewesen, außer den vier erörterten Objekten weitere Alternativen zu diskutieren.

Auf die Frage von Herrn Dr. Fischer nach einer Folgenutzung des Bunkers führt Herr Beigeordneter Kähler aus, dass bereits freigezogene Flächen als Lagerflächen genutzt würden. Im Bundesgebiet gebe es eine Vielzahl von Beispielen für potentielle Folgenutzungen, deren Realisierungsmöglichkeiten mit Blick auf den Stadtteil, die benachbarten Einrichtungen sowie auf die Anwohnerschaft geprüft werden müssten. Abschließend betont Herr Beigeordneter Kähler, dass er es für fachlich nicht geboten halte, die Immobilie für eine ähnliche Klientel zu nutzen.

Die Aussage von Herrn Franz, dass es in den letzten Jahren seines Wissens im Rahmen des Betriebs der Einrichtung in der Kreuzstraße keine Auffälligkeiten oder Nachbarschaftskonflikte gegeben habe, wird von Frau Schulz bestätigt.

Frau Schulz erklärt auf Nachfrage von Herrn Meichsner, dass der Personenkreis der Nutzer des Gebäudes Ernst-Rein-Straße 54 mit dem der Kreuzstraße 5 vergleichbar sei.

**Der Antrag der CDU-Fraktion wird sodann mehrheitlich abgelehnt.**

Herr Meichsner erklärt, dass sich die CDU-Fraktion am weiteren Verfahren nicht beteiligen werde.

### **B e s c h l u s s:**

**Die Unterkunft für einheimische wohnungslose Männer Ernst-Rein-Straße 54, 33613 Bielefeld, wird zum 30.09.08 aufgegeben.**

- einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 16**

**Aufgabe des Übergangsheimes Prinzenstr. 10**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5515/2004-2009

Herr Meichsner erklärt, dass sich die CDU-Fraktion an dem Verfahren nicht beteiligen werde.

**B e s c h l u s s:**

1. **Das Übergangsheim für ausländische Flüchtlinge, Prinzenstr. 10, im Stadtbezirk Bielefeld-Mitte wird zum 31.10.2008 aufgegeben.**
2. **Die Verwaltung wird gebeten, bei der Bezirksregierung Detmold die Entlassung aus der Zweckbindung zu beantragen.**

- einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 17**

**Verwendung von Sondermitteln der Bezirksvertretung Mitte in 2008**

Beratungsgrundlage:

Schriftlicher Antrag des JZ Kamp vom 18.06.08

Herr Franz verweist auf den vorliegenden Antrag des JZ Kamp auf Gewährung eines Zuschusses zur Ausrichtung einer Jubiläumsveranstaltung zum 80jährigen Bestehen des Jugendhauses.

Nach kurzer Diskussion fasst die Bezirksvertretung folgenden

**B e s c h l u s s:**

1. **Aus den für das Jahr 2008 bei der Haushaltsstelle 1.0000.661000.0 bereitstehenden Sondermitteln der Bezirksvertretung Mitte wird ein Zuschuss von 1.000 € an den Träger des JZ Kamp gewährt.**
2. **Der Zuschuss ist zweckgebunden für die Kosten des geplanten Konzerts der Band „Randale“ im Rahmen der Jubiläumsveranstaltung zum 80jährigen Bestehen des JZ Kamp im September 2008.**
3. **Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Bezirksvertretung Mitte in den letzten Jahren für das JZ Kamp erhebliche Sondermittel bereitgestellt hat, ist der Träger ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass einem eventuellen Antrag seinerseits auf Gewährung von Sondermitteln in den nächsten zwei Jahren nicht entsprochen wird.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 18**

**Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

**Brunnen auf der Sparrenburg**

Unter Bezugnahme auf den Beschluss der Bezirksvertretung Mitte vom 03.04.2008 zum Brunnen auf der Sparrenburg (TOP 5.2) teilt der Immobilienservicebetrieb mit, dass die vorhandene Lichtanlage im Brunnen funktionsfähig sei und zurzeit bei Führungen der Bielefeld Marketing GmbH auf der Sparrenburg genutzt werde. Dennoch sei die Lichtanlage verbesserungswürdig. Eine Verbesserung bzw. Erneuerung werde im Rahmen der Sanierungsarbeiten auf der Sparrenburg erfolgen. Ein genauer Zeitpunkt könne derzeit noch nicht genannt werden, dieser werde jedoch zu gegebener Zeit mit der Bielefeld Marketing GmbH abgestimmt. Die Bezirksvertretung werde dann erneut über den Sachstand informiert. Darüber hinaus werde die Bezirksvertretung Mitte zu gegebener Zeit auch über die am bzw. im Brunnen stattfindenden Untersuchungen durch ein Spezialunternehmen informiert.

-.-.-